



HESSISCHER LANDTAG

10. 11. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Bildungs- und Betreuungsgarantie aussprechen – Recht auf Bildung gewährleisten – pandemiesicher beschulen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass jeder Tag frühkindlicher und schulischer Bildung Lebenschancen für unsere Kinder birgt. Mit jedem Tag ohne Bildung gehen unseren Kindern daher Lebenschancen verloren. Auch in Zeiten der Pandemie darf das Recht auf Bildung nicht einen Tag länger als notwendig eingeschränkt sein.
2. Der Landtag verweist darauf, dass sich weder Kindertagesstätten noch Schulen in den letzten Monaten zu einem Hotspot entwickelt haben. In den kommenden Wintermonaten darf es daher nicht mehr zu flächendeckenden Schließungen kommen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Bildungs- und Betreuungsgarantie auszusprechen. So wird Kindern und Eltern das Versprechen gegeben, keine flächendeckenden Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen mehr zuzulassen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, die Beschulung in Hessen unter Pandemiebedingungen so zu organisieren, dass zugleich der Gesundheitsschutz angemessen berücksichtigt werden kann. Dazu gehören insbesondere:
 - die zeitnahe Ausstattung aller Schulen mit der notwendigen digitalen Infrastruktur sowie der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten,
 - ausführliche Richtlinien zur Distanzbeschulung, die auch über die Pandemie hinaus nutzbar sind,
 - nachvollziehbare Inzidenzzahlen für die einzelnen Stufen des Stufenplans,
 - Schaffung der notwendigen Voraussetzungen an den Schulen zur Realisierung des Stufenplans, insbesondere des Wechselmodells aus Präsenz- und Distanzunterricht,
 - landesweite Regelungen zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung differenziert nach Inzidenzzahl und Klassenstufen,
 - die Bereitstellung von ausreichend Schutzmaterial,
 - eine deutliche Erhöhung der Mittel zur Anschaffung von Luftreinigungsgeräten,
 - eine aussagekräftige Teststrategie für Schülerinnen und Schüler ebenso wie für das schulische Personal.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die digitale Bildung endlich umfassend voranzubringen. Dafür muss die digitale Bildung zunächst im Schulgesetz verankert und dann mit Verordnungen weiter ausgestaltet werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. November 2020

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock